



Viel guter Willen, aber wenig Wissen

Entwicklungshilfe in der Abgeordnetenkommer

Am 12.11.1985 hat die Abgeordnetenkommer, die in "forum" Nr.82 vorgestellten drei Gesetzesprojekte zur Luxemburger Entwicklungshilfe definitiv angenommen. Dabei wurde auch den in unserer Zeitschrift geäußerten Kritiken teilweise Rechnung getragen. Der Informationsstand der Abgeordneten über die Problematik der Entwicklungspolitik lässt sich nach Analyse der Kommerberichte (Nr.5 und 6/85-86, pp.568-622, 637-710) aber nicht als sehr hoch einschätzen.

"Vun dem original Projet, esou wêi e vun der Regierung virgeluegt war, iwwer d'ei verschidde Périphétien, d'ei dee Projet beim Conseil d'Etat an an der Kommissioun font huet, bis zu denen Texter, d'ei haut der Châmer virleien: Ech mengen, dat as (...) eng schêin Illustratioun, wêi et eben an enger Demokratie virgeet", so der DP-Abgeordnete P. Helming. In der Tat wurde nach allen Kritiken, die am Regierungsprojekt geäußert worden waren (vornehmlich aus den Reihen der betroffenen Dritte-Welt-Gruppen 'ONG= organisations non-gouvernementales', die "forum" in Nr.82, SS.14-16 ausführlich kommentiert hatte), im Staatsrat noch so manches geändert, so dass jene Lügen gestraft wurden, die behaupten, Staatsrat und Abgeordnetenkommer seien nur Kopfnickeranstalten, der Bürger habe keinen Einfluss mehr auf die Gesetzgebung, die Regierung halte de facto auch die legislative Gewalt mittels ihrer Kommermehrheit in den Händen.

Gewisse Zweifel daran, dass die demokratische Meinungsbildung im vorliegenden Fall voll gespielt hat, kommen aber auf, wenn man in der abschließenden Stellungnahme des Staatssekretärs im Ausenministerium Robert Goebbels hört, dass er selbst den Staatsrat um die Änderungen am eigenen Projekt gebeten habe. Dann hätte das parlamentarische Spiel zwar nicht so Bilderbuch-gerecht geklappt, doch der Beweis für die Möglichkeit der Einflussnahme durch die ONG (und Gesprächsbereitschaft von R. Goebbels) wäre weiterhin gegeben.

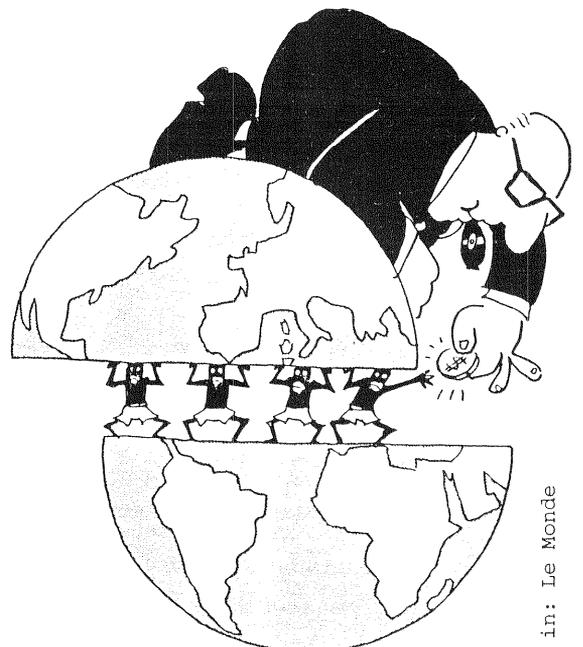
Verbesserungen, aber nicht nur

In der Tat hat der Staatsrat -und in seiner Folge die zuständige Kommerkommission unter Federführung von Roger Linster (LSAP)- die drei vom Staatssekretär eingebrachte Projekte wesentlich verändert und zwar durchaus im Sinne der in "forum" Nr.82 dargestellten Bedenken der ONG. So wurde vor allem sichergestellt, dass Privatspenden zugunsten des "Fonds d'aide au développement" (FAD) monatlich der ONG überwiesen werden, die der Spender angeben hat. Wenn das Prinzip, dass alle Spenden privater Herkunft auch privaten Hilfsorganisationen zukommen müssen (selbst wenn keine ONG namentlich angegeben wird), nicht im Gesetz verankert wurde, so ist das laut R. Goebbels nur darauf zurückzuführen, dass nicht auszuschließen ist, dass zeitweilig kein privates Hilfsprojekt zur Verfügung steht, um die Spendengelder in Empfang zu nehmen, und daß sie deshalb "in Transit" im "Fonds de Coopération au développement"(FCD) verbleiben müssen. Der Staatssekretär hat aber eine feierliches Bekenntnis zum genannten Prinzip abgegeben.

Wenn die DP dennoch ihren Vorwurf eines "schleichenden Sozialismus" und einer "main-mise de l'Etat" auf die privaten Hilfsorganisationen aufrecht erhielt, dann war das schon vor den Gesetzesänderungen eine stark ideologisch bedingte Übertreibung, die auch für Astrid Lulling (CSV) typisch war, aber nachher ein parteipolitisches Nachhutgefecht, das unnötigerweise die Einstimmigkeit beim Votum verhindern sollte, und eine Anbiederung, die bei den ONG kaum Erfolg haben dürfte.

Aus dem Gesetz über den FCD wurde auch der ausdrückliche Hinweis gestrichen, dass Gemeinden über diesen Weg zur Entwicklungshilfe beitragen können. Diese seien nicht für aussenpolitische Fragen zuständig, hiess es beim Staatsrat. Diesen Entscheid muss man bedauern, denn mittels Stadt- und Dorfverschwisterungen ("jumelages") wären Gemeindeautoritäten nicht nur imstande, konkrete Hilfe zu leisten, sondern auch auf ihrer Ebene durch direkten Kontakt mit der Bevölkerung aus Ortschaften der 3. Welt zu einer notwendigen Bewusstseinsbildung beizutragen. In Frankreich werden solche Gemeindeinitiativen von den ONG wärmstens empfohlen. Und die Stadt León (Nicaragua) hatte 1984 schon dem Escher Bürgermeister -leider erfolglos- eine Verschwisterung angetragen...

Leider blieb es auch bei der Bestimmung, dass nur Spenden, die über den FAD an eine ONG gehen, von



in: Le Monde

den Steuern abgesetzt werden dürfen. Obschon von allen Fraktionen eine direkte Steuerbefreiung der ONG befürwortet wurde - insbesondere der CSV-Steuerexperte Pol Wagener diente diesbezüglich mit treffenden Vergleichen-, konnten Steuerverwaltung und Staatsrat sich durchsetzen. Sicher werden die ONG auch mit dieser Praxis leben könne; empfohlen wurde ihnen im übrigen sich als "établissement d'utilité publique" vom Regierungsrat anerkennen zu lassen (statt nur "a.s.b.l." zu sein) und so die direkte Steuerbefreiung zu erreichen. Ob allerdings das Aussenministerium selbst nicht bald eine Abänderung dieser restriktiven Bestimmung beantragt, weil es den Mehraufwand an Verwaltungsarbeit wegen der monatlichen Weiterverteilung der FAD-Spenden nicht mehr verkraftet, bleibt abzuwarten.

Weniger erfreulich ist, dass Staatssekretär und Abgeordnete beim Nein zur staatlichen Unterstützung für "éducation au développement" im Sinne der Sensibilisierung unserer Gesellschaft blieben. Hier fielen einige sehr harte Worte von Seiten einzelner Deputierter, die deren tiefverwurzelte Angst vor Aufklärung und Erkenntnis der eigenen Verantwortung aufdeckten: "Ech sin der fester Iwwerzeugung, dass Spende vun der Allgemengheet, esouweil wéi d'Geld vum Stat nët dozou soll dëngen, fir hei zu Lëtzebuerg ideologesch Propagandaaktionen ze maachen, mä dass et soll eenzeg an eleng dozou dëngen, fir an der Drëtter Welt eppes fir déi Leit ze maachen, déi et am noutwendegsten hun," so Viviane Reding (CSV) "De Leit an den Entwécklungsländer as méi gehollef mat Krediter fir dass se sech e Waasserbauer kënne bueren, wéi mat Plakate vun esou Organisationsen a Manifestationen hei am Land, fir de Public ze edukieren," so Fraktionskollegin Astrid Lulling. Der Berichterstatter R. Linster (LSAP) war zwar nüancierter in seiner Argumentation, aber ablehnend trotzdem.

Solche Zitaten zeigen nicht nur die Vorurteile der Autoren, sondern vor allem ihre Ignoranz von den wahren Ursachen der Unterentwicklung (siehe unten). Wenn man sie dann noch zusammen sieht mit einer Aussage wie der folgenden aus dem Bericht der Kammerkommission: "De toute façon, une affectation de crédits plus importants présupposerait un consensus politique et populaire qui ne semble pas encore nettement établi", dann wird der politische und ideologische Hintergrund der Ablehnung vollends klar: wer Bescheid weiss, könnte mal die Politiker vor ihre Verantwortung stellen. Ich frage mich bloss, wieso der CSV-Abgeordnete F. Colling demnach eine "Erziehung zur Entwicklungshilfe" (sic) in den Schulen fordern konnte. Oder soll die auch bloss rein projektgebunden sein und nicht über die historischen und weltwirtschaftlichen Hintergründe des Nord-Süd-Gefälles aufklären? Enttäuschend ist auch, dass auch von LSAP-Seite keiner sich für dieses Anliegen einsetzte.

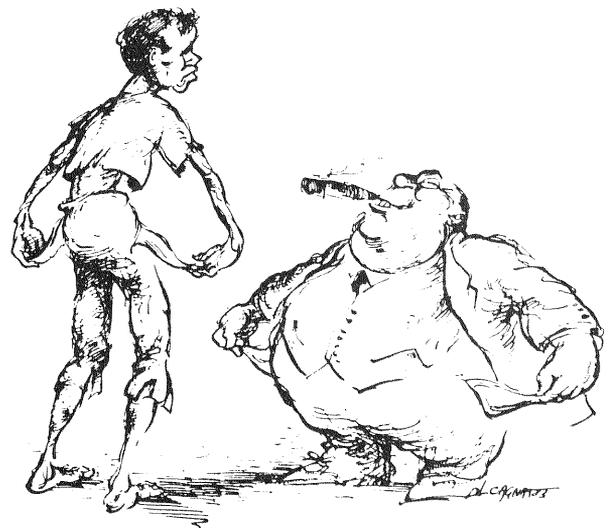
Wenig Worte über die Ursachen des Hungers

So verwundert es denn auch kaum, wenn weder der Kommissionsbericht noch ein Abgeordneter der drei grossen Fraktionen versuchte, die Ursachen des Hungers in der Dritten Welt aufzudecken. Willy Dondelinger (LSAP) zitierte zwar haufenweise Zahlen über die Weltlage, auf Begriffe wie Monokulturen, Exportorientierung, Folgen der Kolonialzeit ging er aber nur stichwortartig ein. Sein Parteikollege Nicolas Eickmann sah die Hauptursache der Armut in der Bevölkerungsexplosion; deren Ursache suchte er nicht. Fernand Rau (CSV) suchte -nicht

zu Unrecht- die Ursachen des Hungers in einer falschen Agrarpolitik, doch die Schuld dafür tragen seines Erachtens die afrikanischen Politiker selbst. Für diese Unterstellung beruft er sich denn auch auf die Fondation "Liberté sans frontières", eine rechtsliberale Vereinigung, die in letzter Zeit in Frankreich den Dritte-Welt-Gruppen viel Ärger bereitet (vgl. "Croissance des Jeunes Nations", No 270 et 271/1985), weil sie die historische Verantwortung der Kolonialmächte weitgehend leugnet und eher punktuelle als strukturelle Verbesserungen in der Dritten Welt anstrebt, dabei aber die Menschenrechtsproblematik als Vorwand benutzt. Auch Jean Hamilius (DP) versuchte die koloniale Verantwortung in die Vergangenheit abzuschieben, während heute Kolonialismus abgelehnt werde. Von Neokolonialismus hat er offenbar noch nichts gehört.

Erstaunen löste Viviane Reding (CSV) aus, als sie einige sehr wahre Gründe für den Hunger in der Welt nannte (stärker aber noch über "falsche" Entwicklungshilfe referierte - ein Problem, das offensichtlich noch mehr Abgeordnete endlich begriffen haben!): "An Afrika besteet traditionell a ville Regionen de Kollektivsystem am Ackerbau. Dat as awer a Länner (besonnesch wou e Kolonisateur war) lues a lues duerch privat Eegentum ersat gin", erklärte sie. Die Motive der Kolonisatoren nannte sie allerdings schon nicht mehr. Weder sie noch ihre Parteikollegen F. Colling und R. Putzeys, die des Lobes voll waren für die Pionierarbeit der katholischen Missionare, sahen daher, dass gerade diese mitverantwortlich sind für die genannte Zerstörung der Kollektivstrukturen im Ackerbau, indem sie nämlich parallel zum individuellen Seelenheil auch einen zivilisationsfremden Agrarindividualismus predigten. Diese Fehler erkennen, heisst im übrigen nicht ihre Verdienste z.B. im Schul- und Gesundheitsbereich schmälern. Allerdings hatten ihre Erfolge auf diesen Gebieten auch negative Folgen: die Bevölkerungsexplosion ist u.a. so zu erklären!

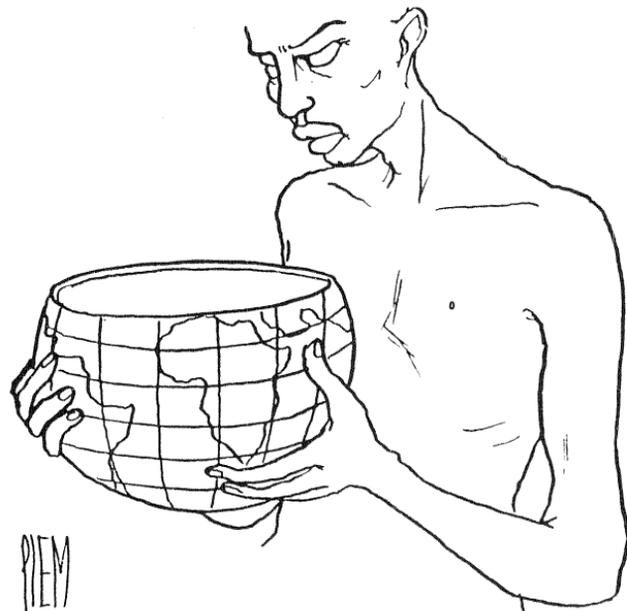
Sachkenntnis zeigten demnach nur die zwei "grünen" Abgeordneten Jean Huss und Jup Weber, sowie ansatzweise Aloyse Bisdorff (KPL). Sie erklärten mit Zahlen und Beispielen, wie die in der Kolonialzeit gewachsenen Welthandelsstrukturen noch heute den Ländern der Dritten Welt keine Chance lassen für eine eigenständige Entwicklung. Sie zeigten nach, dass korrupte und autoritäre Führungsquaden in solchen Staaten kein Zufallsprodukt sind, dass ihre katastrophale Verschuldung auch mit der US-Hochrüstungs- und Zinspolitik zu tun hat, dass wir in Europa die Essgewohnheiten tatsächlich ändern müs-



in: Le Monde 21.8.83

sen, um eine importunabhängige Lebensmittelproduktion in der Dritten Welt zu ermöglichen, usw. Solche Zusammenhänge erkennen lässt denn auch die Wichtigkeit der Sensibilisierung der öffentlichen Meinung bei uns verstehen, und die von F. Rau (CSV) gern zitierte Empfehlung "Trade not aid" als ideologisches Schlagwort durchschauen. Es wundert dann auch nicht, dass J. Huss (GAP) und J. Weber (unabh.) ihre Informationsquellen (teilweise) nannten, während sich die meisten andern Abgeordneten offenbar auf eigene Intuitionen verliessen, die sich bei einer so komplexen Materie wie der Entwicklungspolitik (V.Reding dixit bene!) gern als falsch erweisen.

Als Fazit ist festzuhalten, dass die Debatte über die drei Entwicklungshilfegesetze insofern enttäuschte, als nur von den Instrumenten einer Entwicklungspolitik die Rede ging, aber kaum von ihrem Inhalt, von ihren weltpolitischen Voraussetzungen und entsprechenden Strategien. Das Nein zur staatlichen Mitfinanzierung von Aufklärungskampagnen ist insofern nicht nur Episode, sondern typisch und entlarvend. Die Gesetze wurden mit grosser Mehrheit votiert und das ist bei aller Kritik



gut so. Auf eine entwicklungspolitische Orientierungsdebatte warte ich weiterhin.
m.p.